

1948-07-27

„Die Union“

Führungsanspruch?

Die Rede Grotewohls zum Zweijahresplan hat eine lebhaftige Diskussion ausgelöst. So hat die Leipziger Zeitung auf unseren Artikel „Demokratisierung oder Sowjetisierung?“ geantwortet, wobei sie im Großen und Ganzen zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt wie wir. Wir beenden unsererseits die parteipolitische Auseinandersetzung mit einem nachstehenden Artikel aus der Feder von Ludwig Kirsch, Chemnitz:

Die Rede Grotewohls am 29. Juni auf der Zonenvorstandssitzung der SED in Berlin hat breite Wellen geschlagen. In schriftlichen und mündlichen Ausführungen hat man versucht, ihre Wirkung abzumildern. Nach der sachlichen Seite bleibt die letzte Erklärung über „Blockpolitik“ als das einstweilige Endergebnis seitens der SED übrig: „Allein die Arbeiterklasse und ihre politische Vertretung, die SED, kann nicht nur zahlenmäßig, sondern auch im Hinblick auf die zu entfaltende Initiative die Führung übernehmen.“ Interessant ist die Begründung dieses Anspruchs: „Niemand soll erwarten, dass Parteien, die Leute wie Jakob Kaiser in ihren Reihen hatten, dessen unheilvoller Einfluss sich auch jetzt noch in der CDU bemerkbar macht, beim Wirtschaftsaufbau und der Demokratisierung der Verwaltung und des Staates führend sein können“. Dasselbe Argument wird dann auch noch unter Aufführung von Schwennicke auf die LDP angewandt. Hier macht man sich es doch etwas zu leicht! Fühlen die Vertreter dieser Meinung nicht, wie nahe liegend es wäre, ihnen mit ganz dem gleichen Argument zu antworten: eine Partei die (nach ihren eigenen, sehr schwerwiegenden Ausführungen) so viele „Schumacher- Leute“ in ihren Reihen hat und sich von ihnen erst säubern muss, kann nicht zur Führung berufen sein?

Nein, so geht es denn doch nicht! Ohne auf den demokratischen Wert der einzelnen Parteien hier näher eingehen zu wollen, den wir grundsätzlich keiner bestreiten wollen, muss deutlich gesagt werden, dass hier jedes selbstgerechte Pharisäertum völlig fehl am Platz ist. Abgesehen von den verschiedenen Auffassungen über Demokratie, die zweifellos zwischen SED und CDU bestehen, war es doch seit 1945 das Ziel der Blockpolitik, die Parteien auf gleicher Rechtsbasis trotz aller weltanschaulichen Unterschiede zu gemeinsamer Arbeit zur Überwindung der unmittelbaren Nöte nach dem Zusammenbruch zusammenzuführen. Das geht auch klar aus dem Zitat eines Artikels von Wilhelm Pieck hervor, der vor einem Jahre in der „Sächsischen Zeitung“ schrieb: „Die Zusammenarbeit kann in keiner Weise die selbständige Tätigkeit beeinträchtigen, und keine der Parteien ist etwa auf Grund von Mehrheitsabstimmungen zu Maßnahmen gezwungen worden, die nicht ihrer eigenen Überzeugung entsprechen.“

Alle Beschlüsse des gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistischen Parteien sind nicht etwa durch Abstimmungen zustande gekommen, sondern durch eine in freier Diskussion herbeigeführte Verständigung.“ Hier ist also die Rede von freier Verständigung unter Gleichberechtigten, - Grotewohls Rede aber samt allen nachträglichen Modifizierungen erhebt einen

ausgesprochenen Führungsanspruch einer Partei! Was soll nun gelten? Wo „Führung“ ist, muss es „Geführte“ geben, - denkt man sich heute in der SED so die Stellung der anderen Parteien? Dann soll sie wissen, dass damit tatsächlich der Blockgedanke zerschlagen würde. Wir unsererseits denken nicht daran, wir wollen auch (heute und später) keinen Führungsanspruch der CDU anmelden; wir kämpfen vielmehr seit 1945 in Verwaltung und Wirtschaft um Gleichberechtigung, und zwar nicht bloß in Form schöner Worte, sondern in der tagtäglichen Praxis des politischen Lebens. Manches in dieser Hinsicht wurde erreicht, vieles an berechtigten Forderungen bleibt noch offen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass das politische Gewicht der nichtmarxistischen Parteien heute ein anderes ist als 1945 oder 1946, und in einer wirklichen Demokratie muss jede grundsätzliche Gewichtsverschiebung auch tatsächlich in Regierung, Verwaltung und Wirtschaft zum Ausdruck kommen, weshalb wir ja auch mit Recht termingemäße Abhaltung der Gemeindewahlen fordern. Aber – und das ist eben erst ein Zeichen wirklicher Demokratie! – keine Gewichtsverschiebung darf einer Partei soviel Übergewicht geben, dass die anderen sich einfach unterzuordnen hätten.

Und das ist es doch, was mit der Propagierung des Zweijahresplanes der SED versucht wird! Sie hatte zweifellos das Recht, ihn auszuarbeiten und vorzulegen; aber die Art, wie das mit Hilfe der DWK geschah und dann ins Volk getragen wurde, hat doch verzweifelte Ähnlichkeit mit dem kategorischen Befehl „Friß, Vogel, oder stirb!“ Und das ist es, was wir zurückweisen müssen! Wir nehmen den Plan durchaus ernst und prüfen ihn sachlich und ohne Ressentiments, aber wir können nicht zulassen, dass er heute schon in allen Sektoren des öffentlichen Lebens, bis ins Schulwesen hinein (siehe Leipziger Tagung), als definitives, unabänderliches Faktum dargestellt wird.

Wir bestreiten nicht, dass der Einfluss der SED in den Fabriken stärker ist als der irgendeiner anderen Partei, und wir wissen, welche guten Dienste dabei die Querverbindungen zu den Leitungen der Massenorganisationen geleistet haben. Aber wir müssen doch sehr deutlich daran auch erinnern, dass Hebung der Produktion, Wirtschaftsplanung usw. nicht die einzig entscheidenden Fragen sind, um die es geht. Nicht minder wichtig ist das gegenwärtige persönliche Wohl der Menschen, denen die Wirtschaft zu dienen hat (nicht umgekehrt!) und deren sittliche Würde höher steht als alle Produktionsmittel der Wirtschaft zusammengenommen.

Die CDU möchte aus ihrer weltanschaulichen Wurzel heraus gerade in diesem Sektor ihren wesentlichen Beitrag zum Gelingen unserer Wirtschaftspolitik und unserer Staatswerdung leisten als konstante Befürworterin der Gerechtigkeit gegen jedermann, der Persönlichkeitswerdung der Menschen. Das mag vielleicht nicht so leicht in nüchternen Planziffern auszudrücken sein, ist aber in seiner Endwirkung mindestens ebenso entscheidend wie die materielle Arbeit an sich. Wir sind keine „Arbeiterpartei“, wie wir auch keine „bürgerliche Partei“ sind, noch sein wollen, so oft diese Missdeutung auch ausgesprochen werden mag. Aber als wahre Volkspartei haben wir genug schaffende Menschen in unseren Reihen, um zu wissen, wie

ungeheuer schwer für diese unter den heutigen Verhältnissen ihre tägliche Arbeitsaufgabe ist und wie sehr sie auch einer seelischen Zielsetzung bedürfen, um auszuhalten.

Jede Partei, die es mit unserem Volk ehrlich meint, hat also einen wichtigen Beitrag zum Gesamtwerk zu leisten. Und darum erkennen wir keinen Führungsanspruch an, sondern bekennen uns nach wie vor zu einer ehrlichen Blockpolitik, die gleichberechtigte Partner in gemeinsamer Sorge um das Wohl des Ganzen an einem Tische zu demokratischer Diskussion und draußen im Lande zum Aufbau eines wirklich demokratischen Staates zusammenführt.